



Foto: APA/Punz

Als Protest gegen das Überwachungspaket hängten SPÖ-Abgeordnete eine Wäscheleine mit intimen Gegenständen auf und forderten auf Plakaten „ein Privatleben ohne Kickl“.

Regierung beschließt Überwachungspaket

Behörden können künftig auch Bundestrojaner einsetzen und auf öffentliche Kameras zugreifen. Im Nationalrat wurde auch die Weitergabe von Elga-Daten an Wissenschaft und Unternehmen erlaubt.

Markus Sulzbacher

Wien – Gleich zwei umstrittene Gesetzesvorlagen wurde am Freitag im Nationalrat von der Regierung auf Schiene gebracht. Das sogenannte Sicherheitspaket erweitert die Überwachungsmöglichkeiten der Behörden, das Datenschutzpaket erleichtert die Weitergabe von persönlichen Daten an Wissenschaft und Unternehmen. Dass auch Elga-Daten weitergegeben werden können, sorgte schon seit Tagen für Unmut. So sieht SP-Gesundheitsprecherin Pamela Rendi-Wagner darin eine Verunsicherung von Patienten und Ärzten in einem höchst sensiblen Bereich. Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) reihte sich in die Reihe der Kritiker ein und kündigte am Donnerstag an, Gesundheitsdaten nicht freizugeben

zu wollen. Wie die Justizdaten müssten auch die Elga-Daten im Forschungsorganisationsgesetz ausgeschlossen werden: „Diese sind zu schützen, und dazu stehe ich.“

Mit dieser Position stand Hartinger-Klein am Freitag allerdings mehr oder weniger allein in der türkis-blauen Koalition da. Die Regierung beschloss die Weitergabe der Daten, versichert aber, dass diese nur anonymisiert und ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken weitergegeben werden dürften. Freilich wurde dies nicht gesetzlich determiniert, sondern bloß über einen unverbindlichen Entschließungsantrag, der nicht mehr als eine Handlungsempfehlung an die zuständige Ministerin ist. Immerhin ist festgelegt, dass

das Ministerium der Datenweitergabe zustimmen muss.

Für die Neos stellte deren Wissenschaftssprecherin Claudia Gamon klar, dass ihre Fraktion die Erleichterung des Zugangs zu Daten für Forschungszwecke inhaltlich voll teile. Es werde nur in der Gesetzesvorlage kein hohes Datenschutzniveau garantiert. Daher sei es letztlich nur eine Frage der Zeit, bis das Gesetz vor dem EuGH lande.

Bundestrojaner beschlossen

Beschlossen wurde auch das Sicherheitspaket, das der Polizei Zugriff auf einen Großteil der Überwachungskameras im öffentlichen Raum gibt, anonyme Wertkartenhandys verbietet, einen Bundestrojaner ermöglicht und

eine Art Vorratsdatenspeicherung light etabliert. Der Abstimmung ging eine kontroverse Debatte im Nationalrat voraus. Im Zentrum der Kritik der Opposition stand der Bundestrojaner, mit dem es Behörden ermöglicht wird, den Datenbestand und -verkehr eines Computers oder Smartphones auszulesen – mittels Spyware, die entweder per Einbruch in die Wohnung oder unter Ausnutzung von Sicherheitslücken im Betriebssystem installiert wird.

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim warnte vor Missbrauchsmöglichkeiten und kündigte an, weiterhin gegen den „Schwachsinn“ anzukämpfen. Von einem „tätlichen Angriff auf das Grundrecht“ und einem Schritt zum

„umfassenden Überwachungsstaat“ sprach Nikolaus Scherak von den Neos. Er hielt der FPÖ vor, dass sie in der letzten Legislaturperiode in Opposition selbst noch die geplanten Maßnahmen kritisiert habe. Für Alfred Noll (Liste Pilz) ist der Bundestrojaner ein „Instrument des Staatsdatenterrorismus“.

ÖVP und FPÖ verteidigten die Vorhaben. Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) zeigte sich über das „größte Sicherheitspaket“ erfreut, denn es ermögliche Prävention und Kriminalitätsbekämpfung auf der Höhe der Zeit. Die Masse würde geschützt, überwacht würden nur die einzelnen Kriminellen. „Wir reden von Schwermisdänteln, von organisierter Kriminalität und Schlepperei.“

„Like“ für Nazi-Wirt

Hofer-Mitarbeiter kann sich nicht erinnern

Wien – 20. April: „Wir feiern Geburtstag“, schreibt das Gasthaus Goldener Löwe in Thüringen. Damit die Anspielung glasklar wird, gibt es Schnitzel für 8,88 Euro. Mit „88“ grüßt man sich in Neonazikreisen, das steht für „Heil Hitler“. Das Lokal will nicht nur provozieren. Sein Wirt Tommy Frencik gilt dem deutschen Verfassungsschutz als „Neonazi“, er war früher bei der NPD. Der Goldene Löwe hatte bis zur Löschung seiner Facebook-Seite am Freitag auch Fans aus Österreich. Darunter Arndt Praxmarer, Mitarbeiter im Kabinett von Infrastrukturminister Norbert Hofer (FPÖ). Wie es zum Like des Mitarbeiters, der auch Bezirksparteiohmann in Wien-Margareten ist, kam, ist diesem unklar. Praxmarer könne sich nicht mehr erinnern, das Lokal gelikt zu haben, heißt es zum STANDARD. Er ist nicht der erste Mitarbeiter Hofers, der wegen angeblichen rechtsextremen Verbindungen in die Kritik gerät. So war Herwig Götschober neun Tage lang auf Urlaub gegangen, nachdem man bei seiner Burschenschaft Bruna Sudetia ein Liederbuch mit antisemitischen Zeilen gefunden hatte.

FPÖ-kritische Facebook-Seite gesperrt

Praxmarers Facebook-Likes waren von der Initiative FPÖ Fails entdeckt worden, die am Donnerstag von Facebook gesperrt wurde. Screenshots zeigen, dass in rechtsextremen Facebook-Gruppen Meldewellen gegen die Seite organisiert worden sind. Mit der massenhaften Meldung von Facebook-Pages können diese leicht gesperrt werden, da die Plattform dann von einem schädlichen Verhalten der kritisierten Seiten ausgeht.

Massive Kritik gab es am Freitag an der FPÖ-nahen Webseite *unzensuriert.at*, die menschenfeindliche Nutzerkommentare über HIV-positive Menschen nicht entfernt hatte. Das Portal, das von zwei FPÖ-Funktionären berichtet, hatte in einem eigenen Text gefragt, ob „alle Mitarbeiter der Aidshilfe selbst Aids haben“, User reagierten darauf mit homophoben und teilweise gewaltverherrlichenden Beiträgen. Die Grünen forderten eine Klarstellung von Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ); die SPÖ betonte, man müsse „Aids, nicht Aids-Kranke“ bekämpfen. (fsc)

ÖVP und Lanskys Daten

Zeugen: ÖVP-Klub hat Daten nicht bekommen

Renate Graber

Wien – In der Strafsache Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) geht es, unter anderem, um den Vorwurf, Beamte hätten illegalerweise Daten nicht gelöscht. Etwa solche des Wiener Rechtsanwalts Gabriel Lansky, der am 28. Juli 2017 auch selbst Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet hat. Die wurde inzwischen an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) abgetreten, die in der Causa BVT ermittelt.

Der Anwalt berief sich auf jenes berüchtigte, von einem Anonymen verfasste Schriftstück, dessen Inhalt einer der Gründe für die Hausdurchsuchung beim BVT Ende Februar war. Darin heißt es, die Daten Lanskys seien im Parlamentsklub der ÖVP gelandet, die ÖVP sei auf der Suche nach Skandalen. Lansky ist langjähriger SPÖ-Rechtsberater. Leute aus dem Innenministerium hätten zwei namentlich genannten Mitarbeitern des ÖVP-Klubs einen USB-Stick mit den Lansky-Daten übergeben.

Die zwei wurden bereits am 29. Jänner als Zeugen einvernommen (also einen Monat vor der Hausdurchsuchung) und erklärten unter Wahrheitspflicht, sie hätten nie mit Lansky-Daten zu tun gehabt. „Ich habe niemals einen USB-Stick übergeben bekommen, der in irgendeiner Form mit Herrn Rechtsanwalt Lansky ... oder seinem Verfahren zu tun hatte“, so eine Zeugin laut Protokoll, das DER STANDARD kennt. Sie habe die Passage aus dem anonym verfassten Schriftstück zum ÖVP-Parlamentsklub gekannt, aber nur, weil Lansky sie im Sommer 2017 an den Klub geschickt habe. Sie habe nur mit ihrem Chef darüber gesprochen.

Selbiger schilderte das ebenso. Lansky habe 2016 per Brief angefragt, „ob wir Daten aus dem Strafverfahren haben“, man habe das verneint. Er habe noch bei seiner Mitarbeiterin gefragt und mit dem Anwalt des Klubs über Lanskys Schreiben gesprochen – und sonst mit niemandem. Auch Lansky hat übrigens inzwischen als Zeuge ausgesagt. Er wird wohl auch in den Untersuchungsausschuss des Parlaments geladen. Dieser wurde am Freitag eingesetzt und wird nach dem Sommer seine Arbeit aufnehmen.

Erste Eurofighter-Sitzung

18 Mitglieder, Sobotka übernimmt Vorsitz

Wien – Die Mitglieder des neuen Eurofighter-Untersuchungsausschusses haben sich am Freitag in der Früh zur konstituierenden Sitzung getroffen. Der Ausschuss umfasst 18 Mitglieder, dazu kommen noch Ersatzmitglieder. Bei der ÖVP ist Andreas Ottenschläger Fraktionsführer. Das SPÖ-Team wird es von Rudolf Pleßl angeführt. Fraktionsführer der FPÖ ist Reinhard Bösch. Die Neos sind wie beim letzten Eurofighter-U-Ausschuss durch Michael Bernhard vertreten. Bei der Liste Pilz ist es Daniela Holzinger-Vogtenhuber – auch sie war schon im letzten Ausschuss dabei, damals allerdings noch für die SPÖ. Den Vorsitz in dem Gremium wird federführend Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) übernehmen. Wie bereits beim letzten Eurofighter-Untersuchungsausschuss wird der frühere Vizepräsident des Obersten Gerichtshofs, Ronald Rohrer, als Verfahrensrichter fungieren.

Untersuchungszeitraum erweitert

Der Eurofighter-U-Ausschuss, der von allen Fraktionen einstimmig beschlossen wurde, ist der bereits dritte in dieser Causa. Begründet wurde die Notwendigkeit einer neuerlichen Untersuchung des Kaufs der Kampfflugzeuge damit, dass der in der vergangenen Gesetzgebungsperiode eingerichtete U-Ausschuss seine Arbeit aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen vorzeitig beenden musste und viele Punkte offengeblieben sind. In diesem Sinn wollen die Abgeordneten weiter der Frage nachgehen, ob es im Zuge des Kaufs der Kampfflugzeuge unzulässige Zahlungsflüsse gegeben hat.

Der Antrag für diesen U-Ausschuss kam von den Neos, wurde allerdings durch einen türkis-blau-pinken Abänderungsantrag noch erweitert: Der Untersuchungszeitraum wurde von Ende 2016 auf Ende 2017 erstreckt. Damit ist sichergestellt, dass auch während der Amtszeit von Ex-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) getroffene Entscheidungen überprüft werden können und die Tätigkeit der von ihm eingesetzten Sonderkommission des Heeres „Aktive Luftraumüberwachung“ in den Untersuchungsgegenstand miteinbezogen ist. (APA, red)